



## Vorlage an den Landrat

### **Genehmigung der Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden (Behördenvereinbarung)**

#### **Partnerschaftliches Geschäft**

vom 11. Januar 2011

#### **Zusammenfassung**

Die Behördenvereinbarung stammt aus dem Jahre 1977 und enthält Regeln über die Zusammenarbeit der Regierungsräte sowie über die Zusammenarbeit des Landrates und des Grossen Rates bei der Behandlung partnerschaftlicher Geschäfte. Diese Vereinbarung hat sich grundsätzlich bewährt. Indessen haben sich in den letzten Jahren bei der zunehmenden Zahl von partnerschaftlichen Geschäften zusätzliche Mechanismen im Verkehr der Parlamentsorgane der beiden Kantone (Verfahren für die Bereinigung von abweichenden Beschlüssen, Aufheben der Partnerschaftlichkeit eines Geschäfts, Regelung der parlamentarischen Aufsicht über interkantonale Institutionen) eingeschpielt. Daher haben die Ratsbüros beider Parlamente mit gleichlautenden Motionen die Überarbeitung der Behördenvereinbarung verlangt. Auch im Verkehr zwischen den beiden Regierungsräten sind in letzter Zeit neue Grundsätze über den Lastenausgleich und die Zusammenlegung von Dienststellen entwickelt worden, die bei der Behandlung partnerschaftlicher Geschäfte zu beachten sind. Auch diese bewährten Vorgehensweisen sind in der Vereinbarung abzubilden. Zudem wird die Behördenvereinbarung wegen der besseren Lesbarkeit vollständig neu gefasst.

#### **Inhaltsverzeichnis**

|                                                                                                |   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| Zusammenfassung .....                                                                          | 1 |
| 1. Ausgangslage .....                                                                          | 2 |
| 1.1 Behördenvereinbarung aus dem Jahre 1977.....                                               | 2 |
| 1.2 Motionen in beiden Kantonen zur Überarbeitung der Behördenvereinbarung.....                | 2 |
| 1.3 Zuständigkeit zu Vertragsabschluss und Vertragsgenehmigung.....                            | 4 |
| 2. Überarbeitung der Behördenvereinbarung aus dem Jahre 1977.....                              | 4 |
| 2.1 Überarbeitung der Regeln über die Zusammenarbeit des Grossen Rates und des Landrates ..... | 4 |

|      |                                                                                                                                                  |    |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 2.2  | <i>Überarbeitung der Regeln über die Zusammenarbeit der Regierungsräte</i> .....                                                                 | 5  |
| 2.3  | <i>Motionen in beiden Kantonen zur Schaffung gemeinsamer Kommissionen</i> .....                                                                  | 5  |
| 2.4  | <i>Änderung der Vereinbarung aus dem Jahre 1977 oder Abschluss einer neuen Vereinbarung ?</i> .....                                              | 5  |
| 3.   | <i>Kommentar zur neuen Vereinbarung mit synoptischer Darstellung</i> .....                                                                       | 6  |
| 3.1. | <i>Kommentar zum Kapitel I ZUSAMMENARBEIT DER REGIERUNGSRÄTE</i> .....                                                                           | 6  |
| 3.2. | <i>Kommentar zum Kapitel II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE</i> .....                                                                             | 10 |
| 3.3. | <i>Kommentar zu den Kapiteln III. BIS VI.</i> .....                                                                                              | 16 |
| 4.   | <i>Abschluss der Vereinbarung durch die Regierungsräte der beiden Kantone</i> .....                                                              | 19 |
| 5.   | <i>Genehmigung der Vereinbarung durch die Parlamente der beiden Kantone und Abschreibung der Motion des Büros des Landrats Nr. 2007-11</i> ..... | 19 |
| 6.   | <i>Finanzielle Auswirkungen</i> .....                                                                                                            | 20 |
| 7.   | <i>Regulierungsfolgenabschätzung</i> .....                                                                                                       | 20 |
| 8.   | <i>Antrag</i> .....                                                                                                                              | 20 |

## **1. Ausgangslage**

### **1.1 Behördenvereinbarung aus dem Jahre 1977**

Am 22. / 17. Februar 1977 schlossen der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden ab. Die Vereinbarung enthält Regeln über die Zusammenarbeit der Regierungsräte und Regeln über die Zusammenarbeit des Grossen Rates und des Landrates.

Der Landrat und der Grosse Rat genehmigten die Behördenvereinbarung mit Beschluss vom 26. Mai 1977. Am 19. September 1977 genehmigte der Bundesrat die Vereinbarung. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt und der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft setzten die Vereinbarung an der gemeinsamen Sitzung vom 18. Oktober 1978 in Kraft.

### **1.2 Motionen in beiden Kantonen zur Überarbeitung der Behördenvereinbarung**

Am 10. Mai 2007 reichte das Büro des Landrates die Motion Nr. 2007-111 mit dem Begehren ein, es sei dem Landrat eine überarbeitete Vereinbarung zur Genehmigung vorzulegen. Die Motion hat folgenden Wortlaut:

*"Die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden (SGS 109.11) aus dem Jahr 1977 regelt die gegen-*

*seitige Information und Koordination der Exekutiven und der Legislativen beider Kantone bei der Behandlung partnerschaftlicher Geschäfte. Die Vereinbarung hat sich bewährt und wurde in den letzten Jahren immer wichtiger, weil die Zahl partnerschaftlicher Geschäfte eher zunimmt. Verschiedene Mechanismen, die sich in der Anwendung der Vereinbarung im Verkehr zwischen den Parlamentsorganen beider Kantone bewährt haben, sollten in den Text der Vereinbarung übernommen werden, damit diese Praxis eine gewisse Kontinuität gewinnt, ohne von den wechselnden Persönlichkeiten in den Präsidien der Kommissionen allzu stark geprägt zu werden.*

*Zudem sollte die in beiden Kantonen bestehende identische Musterregelung für die Schaffung interparlamentarischer Geschäftsprüfungskommissionen verfeinert (Bestand, Grösse und Zusammensetzung) und in die Vereinbarung integriert werden.*

*Weitere Elemente, deren Integration in die Vereinbarung zu überlegen ist, wären:*

- Festschreibung der bewährten Vorgehensweisen zur Koordination mehrerer Kommissionen in den drei Eskalationsstufen (Präsidien der federführenden Kommissionen, Präsidien aller beteiligter Kommissionen, Delegationen aller beteiligter Kommissionen);*
- Definition, wann, von wem und unter welchen Umständen die Partnerschaftlichkeit eines Geschäftes aufgelöst werden kann (Beispiel Integrationsgesetz);*
- Koordination der Berichterstattung der Kommissionen an die Parlamente.*

*Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, im Einvernehmen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt dem Landrat eine Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt (Behördenvereinbarung) zur Genehmigung vorzulegen.*

*Die Überarbeitung soll die in der Verfassung der beiden Kantone verankerten Rechte der Parlamente bei der Ausgestaltung bilateraler Staatsverträge umschreiben und harmonisieren.*

*Die in beiden Kantonen geltende gleichlautende Musterregelung zur Schaffung interparlamentarischer Geschäftsprüfungskommissionen ist ebenso in die Vereinbarung zu übernehmen wie der in der Zwischenzeit eingespielte Mechanismus der Differenzbereinigung unter mehreren Kommissionen. Anregungen interparlamentarischer Geschäftsprüfungskommissionen zur Änderung von Staatsverträgen sollen den zuständigen Regierungen in der Regel nicht direkt, sondern über die jeweiligen Parlamente zugeleitet werden.*

*Eine sinngemäss gleichlautende Motion wird gleichzeitig im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt eingebracht.*

*Die Frist zur Erfüllung der Motion wird auf ein Jahr festgesetzt."*

In der Sitzung vom 18. Oktober 2007 überwies der Landrat diese Motion stillschweigend.

Eine gleichlautende Motion von Brigitta Gerber und Konsorten überwies der Grosse Rat am 23. Januar 2008.

### **1.3      *Zuständigkeit zu Vertragsabschluss und Vertragsgenehmigung***

Sowohl im Kanton Basel-Stadt (§ 104 Abs. 1 Bst. d KV BS) als auch im Kanton Basel-Landschaft (§ 77 Abs. 1 Bst. b KV BL) ist es der Regierungsrat, der den Kanton nach aussen vertritt, mit Privaten oder anderen Gemeinwesen Vertragsverhandlungen führt und Verträge abschliesst.

Im Kanton Basel-Stadt genehmigt der Grosse Rat (§ 85 Abs. 1 KV BS) die Staatsverträge. Im Kanton Basel-Landschaft genehmigt der Landrat die Staatsverträge, die der Volksabstimmung unterliegen sowie alle übrigen Staatsverträge, soweit nicht der Regierungsrat durch Gesetz zum endgültigen Abschluss ermächtigt ist (§ 64 Abs. 1 KV BL).

## **2.      *Überarbeitung der Behördenvereinbarung aus dem Jahre 1977***

### **2.1      *Überarbeitung der Regeln über die Zusammenarbeit des Grossen Rates und des Landrates***

Für die Erfüllung der vom Landrat und vom Grossen Rat überwiesenen inhaltlich gleichlautenden Motionen zur Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit erarbeiteten die Parlamentsbüros übereinstimmende Formulierungen für die die Parlamente betreffenden Bestimmungen.

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2008 liessen das durch den Landschreiber Walter Mundschin vertretene Büro des Landrates und das durch den Leiter des Parlamentsdienstes Thomas Dähler vertretene Büro des Grossen Rates diese übereinstimmenden Formulierungen mitsamt einem Kommentar den Regierungsräten der beiden Kantone zukommen mit der Einladung, sie inhaltlich unverändert in den neuen Staatsvertrag über die Behördenzusammenarbeit der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt zu übernehmen.

Bezüglich der in den Motionen erhobenen Forderung, die in der Verfassung der beiden Kantone verankerten Mitwirkungsrechte der Parlamente bei der Ausgestaltung bilateraler Staatsverträge zu umschreiben und zu harmonisieren, sind die beiden Ratsbüros zur Auffassung gelangt, dass dies nicht im Rahmen der Behördenvereinbarung umzusetzen sei, sondern in beiden Kantonen im bilateralen Einvernehmen zwischen Regierungsrat und Parlament geregelt werden soll.

## **2.2 *Überarbeitung der Regeln über die Zusammenarbeit der Regierungsräte***

Das Generalsekretariat der Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft und die Rechtsabteilung der Staatskanzlei beim Präsidentialdepartement des Kantons Basel-Stadt erarbeiteten aufgrund einer bei den Direktionen und den Departementen durchgeführten Umfrage übereinstimmende Formulierungen für Bestimmungen, welche die Regierungsräte betreffen.

## **2.3 *Motionen in beiden Kantonen zur Schaffung gemeinsamer Kommissionen***

Am 29. Januar 2009 reichte Martin Rüegg, SP-Fraktion, die Motion Nr. 2009-025 ein, welche die Bildung gemeinsamer Kommissionen BL/BS zur Bearbeitung partnerschaftlicher Geschäfte verlangte.

Im Grossen Rat wurde ein gleichlautender Vorstoss eingereicht und überwiesen.

In der Landratssitzung vom 25. März 2010 lehnte der Regierungsrat gemeinsame Kommissionen ab, weil diese gegenüber den zuständigen Sachkommissionen deutlich aufwändiger seien und bei partnerschaftlichen Geschäften keine Vorteile bringen. Der Landrat folgte mehrheitlich dieser Auffassung und lehnte die Überweisung als Postulat ab.

In der Folge nahmen das Präsidentialdepartement des Kantons Basel-Stadt und die Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft die im Hinblick auf diese Vorstösse sistierten Revisionsarbeiten betreffend Überarbeitung der Behördenvereinbarung wieder auf.

## **2.4 *Änderung der Vereinbarung aus dem Jahre 1977 oder Abschluss einer neuen Vereinbarung ?***

Die beiden Motionen sprechen von einer Überarbeitung der Vereinbarung und stellen sich also vor, dass die beiden Kantone eine Vereinbarung über die Änderung der Vereinbarung aus dem Jahre 1977 schliessen; die so geänderte Vereinbarung würde weiterhin das Datum des 22. / 17. März 1977 tragen.

Weil aber die Bestimmungen der Vereinbarung, vor allem die Regeln über die Zusammenarbeit des Grossen Rates und des Landrates, grössere Änderungen erfahren sollen, würde eine Vereinbarung über eine Änderung der Vereinbarung aus dem Jahre 1977 ein schwerfälliges und nicht leicht überschaubares Unterfangen. Aus diesem Grunde wird der Abschluss einer neuen Vereinbarung vorgeschlagen, welche die angeregten Änderungen enthält, und

die Aufhebung der alten Vereinbarung aus dem Jahre 1977. In diesem Sinne verwendet auch das Schreiben der beiden Ratsbüros vom 3. Dezember 2008 den Begriff 'Staatsvertrag'.

### 3. **Kommentar zur neuen Vereinbarung mit synoptischer Darstellung**

#### 3.1. **Kommentar zum Kapitel I ZUSAMMENARBEIT DER REGIERUNGSRÄTE**

#### **Synoptische Darstellung**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Vereinbarung<br>zwischen den Kantonen Basel-Stadt<br>und<br>dem Basel-Landschaft<br>über<br>die Zusammenarbeit der Behörden<br>vom 17. / 22. Februar 1977                                                                                                                          | Vereinbarung<br>zwischen dem Kanton Basel-Stadt<br>und<br>dem Kanton Basel-Landschaft<br>über<br>die Zusammenarbeit der Behörden<br>vom                                                                                                                             |
| Die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, in Ausführung des § 17a der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889 und des § 47 <sup>bis</sup> der Staatsverfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 4. April 1892, treffen folgende Vereinbarung : | Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, gestützt auf § 3 Abs. 1 und des § 4 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005, und der Regierungsrat gestützt auf § 3 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984, beschliessen : |

#### **Kommentar zum Ingress**

Beide Kantone haben sich seit 1977 eine neue Kantonsverfassung gegeben. Im Ingress wird die Vereinbarung nun auf die Bestimmungen der beiden neuen Kantonsverfassungen rechtlich abgestützt.

Sowohl im Kanton Basel-Stadt als auch im Kanton Basel-Landschaft heisst die leitende und oberste vollziehende Behörde des Kantons **Regierungsrat**, und nicht Regierung.

Da sich der Regierungsrat des einen Kantons nur auf die eigene kompetenzbegründende Bestimmung, nicht aber auf die kompetenzbegründende Norm des andern Kantons stützt, hat

die jeweilige kompetenzbegründende Norm unmittelbar der Anführung des Regierungsrates des jeweiligen Kantons zu folgen.

## § 1

|                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><i>I. Zusammenarbeit der Regierungen</i></p> <p><b>§ 1.</b> Die Regierungsräte der beiden Kantone treffen sich regelmässig, mindestens jedoch dreimal jährlich, zu gemeinsamen Sitzungen.<br/> <sup>2</sup> Den Vorsitz führt der Regierungspräsident des jeweiligen Tagungskantons.</p> | <p>I. ZUSAMMENARBEIT DER <b>REGIERUNGSRÄTE</b></p> <p><b>§ 1.</b> Die Regierungsräte der beiden Kantone treffen sich regelmässig, <del>mindestens jedoch dreimal jährlich,</del> zu gemeinsamen Sitzungen.<br/> <sup>2</sup> Den Vorsitz führt <b>die Regierungspräsidentin oder</b> der Regierungspräsident des jeweiligen Tagungskantons.</p> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Kommentar zu § 1

#### Marginalie, Titel des Paragraphen

Anpassung an den in der alten Vereinbarung von 1977 in § 1 Abs. 1 richtigerweise verwendeten Begriff **Regierungsräte**.

#### § 1 Abs. 1

Dass sich die Regierungsräte **bei Bedarf** zu gemeinsamen Sitzungen treffen, ist selbstverständlich. Die Festlegung einer Mindestsitzungszahl hat zur Folge, dass sie sich zu einer gemeinsamen Sitzung **treffen müssen, auch wenn kein Bedarf besteht**. Daher ist die Festlegung der Mindestsitzungszahl nicht notwendig.

#### § 1 Abs. 2

Es wird eine geschlechtergerechte Formulierung verwendet.

## § 2

|                                                                                                                                                                                                             |                                |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| <p><b>§ 2.</b> Sie entwickeln die Ziele der Zusammenarbeit der beiden Kantone, informieren sich laufend über Gesetzesrevisionen und Planungsprojekte und beraten alle Fragen von gemeinsamem Interesse.</p> | <p><b>§ 2.</b> unverändert</p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|

### Kommentar zu § 2

Keine Aenderungen.

## § 3

|                                                                                                                                                                                                                              |                                                                                                                                                                                                                                                  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 3.</b> Sie bilden keine gemeinsame Behörde und fassen keine gemeinsamen Beschlüsse. Anträge zuhanden der beiden Parlamente, die partnerschaftliche Geschäfte betreffen, gehen von den einzelnen Regierungen aus.</p> | <p><b>§ 3.</b> Sie bilden keine gemeinsame Behörde und fassen keine gemeinsamen Beschlüsse. Anträge zuhanden der beiden Parlamente, die partnerschaftliche Geschäfte betreffen, gehen von den <b>Regierungsräten der beiden Kantone</b> aus.</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Kommentar zu § 3**

Sowohl im Kanton Basel-Stadt als auch im Kanton Basel-Landschaft heisst die leitende und oberste vollziehende Behörde des Kantons **Regierungsrat**. Durch die Verwendung des Begriffs 'Regierungsräte der beiden Kantone' ist klar gestellt, dass die Regierungskollegien und nicht die einzelnen Regierungsmitglieder gemeint sind. Dieser Begriff wird nun in der vorliegenden Vereinbarung einheitlich verwendet.

## § 4

---

|     |                                                                                                                                                                                                                           |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| --- | <p><b>§ 4. Sie wenden auf partnerschaftliche Geschäfte die von den Regierungsräten beider Kantone beschlossenen Standards für den Lastenausgleich zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt (BL/BS-Standards) an.</b></p> |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Kommentar zu § 4**

Diese Bestimmung ist neu und führt zu einer Umnummerierung der folgenden Paragraphen. Es soll erreicht werden, dass in allen Verhandlungen über partnerschaftliche Geschäfte die gleichen Grundsätze des Lastenausgleichs angewandt und den Anträgen an die beiden Parlamente zugrunde gelegt werden.<sup>1</sup>

## § 5

|                                                                                             |                                                                                                        |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 4.</b> Zur gemeinsamen Bearbeitung von Sachfragen können die beiden Regierungen</p> | <p><b>§ 5.</b> Sie <b>sind befugt</b>, zur gemeinsamen Bearbeitung von Sachfragen aus ihrer Mitte,</p> |
|---------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|

---

<sup>1</sup> Standards für den Lastenausgleich zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt vom 4. Januar 2005 (BL/BS-Standards); Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen als Ergänzung zu den BL/BS-Standards vom 1. November 2007

|                                                                                                                                                                                                                            |                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>aus ihrer Mitte, aus Vertretern der kantonalen und kommunalen Verwaltungen oder aussenstehenden Fachleuten zusammengesetzte Arbeitsausschüsse einsetzen. Diese Ausschüsse erstatten den beiden Regierungen Bericht.</p> | <p>aus <b>Vertreterinnen und</b> Vertretern der kantonalen und kommunalen Verwaltungen <b>und</b> aus aussenstehenden Fachleuten zusammengesetzte <b>Arbeitsgruppen</b> einzusetzen. Diese <b>Arbeitsgruppen</b> erstatten den beiden <b>Regierungsräten</b> Bericht.</p> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Kommentar zu § 5

Sowohl im Kanton Basel-Stadt als auch im Kanton Basel-Landschaft heisst die leitende und oberste vollziehende Behörde des Kantons **Regierungsrat**, und nicht Regierung.

**Sind befugt:** Das Verb „können“ meint die faktische Möglichkeit, „dürfen“ meint die rechtliche Befugnis etwas zu tun. Da es hier aber um die rechtliche Befugnis geht, ist zu bestimmen, dass die beiden Regierungsräte **befugt** sind, Arbeitsausschüsse einzusetzen.

Die Regierungsräte sind somit nicht nur befugt, die Arbeitsgruppen

- entweder aus Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen und kommunalen Verwaltungen
  - oder aus aussenstehenden Fachleuten zusammenzusetzen,
- vielmehr sind sie auch befugt, sie
- sowohl aus den einen
  - als auch aus den andern zusammenzusetzen.

Sie sind befugt, aus allen Möglichkeiten auszuwählen, das heisst, keine Arbeitsgruppe einzusetzen oder eine einzusetzen und diese mit den geeigneten Personen zu besetzen. Der bisherige Begriff „oder“ ist durch „und“ zu ersetzen.

**Arbeitsgruppen statt Ausschüsse:** Wenn ein aus einer Mehrzahl von Mitgliedern bestehendes Organ (zum Beispiel ein Parlament) einige seiner Mitglieder (aus seiner Mitte) mit einer bestimmten Aufgabe betraut (zum Beispiel Vorberatung eines Geschäftes), dann bilden diese delegierten Mitglieder einen Ausschuss oder eine Kommission dieses Organs. Wenn der Ausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen und kommunalen Verwaltungen und mit aussenstehenden Fachleuten, also mit aussenstehenden Personen, angereichert wird, dann sind diese alle nicht mehr ein Ausschuss des ursprünglichen Organs, sondern eine Arbeitsgruppe. Wenn das Parlament ein Flugzeug besteigt, dann werden die übrigen Passagiere nicht zu Mitgliedern des Parlaments, sondern die Mitglieder des Parlaments werden zu Passagieren. Daher ist der bisherige Begriff „Arbeitsausschüsse“ durch „Arbeitsgruppen“ zu ersetzen.

Im übrigen werden geschlechtsneutrale Bezeichnungen verwendet.

### **3.2.        *Kommentar zum Kapitel II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE***

Dieser Kommentar zum Kapitel II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE mit den Paragraphen §§ 6 bis 12 ist unverändert dem Schreiben vom 3. Dezember 2008 der beiden Ratsbüros entnommen.

Den Kommentaren zu den einzelnen Bestimmungen lassen die beiden Ratsbüros den folgenden Einleitungskommentar vorangehen :

#### **Kommentar zum Vorschlag der beiden Ratsbüros zur Überarbeitung der Behördenvereinbarung**

*" Gemäss Motionstext sind in Bezug auf die Zusammenarbeit der Parlamente folgende Punkte der Behördenvereinbarung zu prüfen und allenfalls umzusetzen :*

1.     *Mechanismen aus der Praxis in Vereinbarung aufnehmen, insbesondere bezüglich der Kommissionen und ihrer Präsidien, damit diese Praxis eine gewisse Kontinuität gewinnt, ohne von den wechselnden Persönlichkeiten in den Präsidien allzu stark geprägt zu werden;*
2.     *Bestehende „Musterregelung der parlamentarischen Oberaufsicht im Statut von Institutionen mit interkantonalen Trägerschaften“ verfeinern und in Vereinbarung integrieren (Bestand, Grösse, Zusammensetzung der IGPKs, Begründungspflicht bei Nichteinsetzung einer IGPK);*
3.     *Festschreibung der bewährten Vorgehensweisen zur Koordination bei Differenzen zwischen beteiligten Kommissionen mit drei Eskalationsstufen;*
4.     *Definition wann, von wem und unter welchen Umständen Partnerschaftlichkeit eines Geschäftes aufgelöst werden kann;*
5.     *Koordination der Berichterstattung der Kommissionen in den beiden Parlamenten;*
6.     *Rechte der Parlamente bei der Ausgestaltung bilateraler Staatsverträge umschreiben und harmonisieren."*

Die vorgeschlagenen Änderungen im Teil II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE der Behördenvereinbarung (§§ 5 - 9a) werden wie folgt begründet.

### § 6

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE</p> <p><b>§ 5.</b> Die Büros des Grossen Rates und des Landrates orientieren sich gegenseitig über die Tagungsordnungen der beiden Parlamente sowie über Anzüge, Motionen, Postulate und Interpellationen, die sich auf Gegenstände von gemeinsamem Interesse beziehen.</p> | <p>II. ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE</p> <p><b>§ 6.</b> Die Büros des Grossen Rates und des Landrates orientieren sich gegenseitig über die Tagesordnungen der beiden Parlamente sowie über <b>neue parlamentarische Vorstösse</b>, die sich auf Gegenstände von gemeinsamem Interesse beziehen.</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

#### Kommentar zu § 6

" Da der Bestand an parlamentarischen Vorstossmöglichkeiten zugenommen hat, wird die bisherige Aufzählung (Anzüge, Motionen, Postulate und Interpellationen) durch einen Sammelbegriff (parlamentarische Vorstösse) ersetzt."

### § 7

|                                                                                                                                                        |                                |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|
| <p><b>§ 6.</b> Die Ratsbüros und die Kommissionen der beiden Parlamente sind befugt, regelmässig oder nach Bedarf gemeinsame Sitzungen abzuhalten.</p> | <p><b>§ 7.</b> unverändert</p> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------|

#### Kommentar zu § 7

Keine Aenderungen.

### § 8

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 7.</b> Erfordert ein Geschäft seiner Natur nach das Zusammenwirken der beiden Parlamente, wie die Genehmigung von Verträgen oder Beschlüssen betreffend gemeinsame Institutionen, oder beschliessen die beiden Parlament e– auf Antrag der Regierungen oder von sich aus – ein Geschäft als partnerschaftliches zu behandeln, so finden bei dessen Beratungen folgende Bestimmungen Anwendung :</p> <p>a. Die Ratsbüros haben die Behandlung des Geschäfts in den beiden Parlamenten zu koordinieren und zeitlich aufeinander abzustimmen.</p> <p>b. Setzen die Parlamente zur Beratung</p> | <p><b>§ 8.</b> Ein Geschäft wird partnerschaftlich behandelt,</p> <p>a. wenn es seiner Natur nach das Zusammenwirken der beiden Parlamente bedingt, wie die Genehmigung von Verträgen, Beschlüsse über gemeinsame Institutionen oder Berichte zu in beiden Parlamenten überwiesenen gleich lautenden parlamentarischen Vorstössen;</p> <p>b. wenn die beiden Parlamente - auf Antrag der Regierungsräte oder von sich aus - beschliessen, ein Geschäft partnerschaftlich zu behandeln.</p> <p><sup>2</sup> Bei der Beratung von partnerschaftlichen</p> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>des Geschäfts Kommissionen ein, so tagen diese in der Regel gemeinsam. Die Kommissionen können Mitglieder der beiden Regierungen zur Erteilung von Aufschlüssen zu ihren Sitzungen einladen; ferner können sie von den beiden Regierungen ergänzende Berichte verlangen. Sie erstatten ihren Parlamenten gleichzeitig, aber getrennt, Bericht und stellen Antrag.</p> <p>c. Hat eines der Parlamente zur Beratung des Geschäfts keine Kommission bestellt, so ist dessen Ratsbüro verpflichtet, für die nötige Koordination mit der Kommission des andern Parlaments zu sorgen.</p> <p>d. Die beiden Parlamente beraten partnerschaftliche Vorlagen getrennt und treffen unter Vorbehalt des Referendums selbständig den definitiven Entscheid.</p> | <p>Geschäften finden folgende Bestimmungen Anwendung :</p> <p>a. Die Ratsbüros koordinieren die Behandlung des Geschäfts in beiden Parlamenten und stimmen sie zeitlich aufeinander ab.</p> <p>b. Für die Vorberatung von partnerschaftlichen Geschäften bezeichnen die beiden Parlamente vorberatende Kommissionen (im folgenden Kommissionen).</p> <p>c. Die Präsidien der Kommissionen sprechen sich über das Vorgehen gegenseitig ab, sobald eine partnerschaftliche Vorlage zugewiesen wird, und informieren sich gegenseitig über gefasste Kommissionsbeschlüsse.</p> <p>d. Die Kommissionen der beiden Parlamente tagen in der Regel bei jedem Geschäft mindestens einmal gemeinsam.</p> <p>e. Die Kommissionen können Mitglieder der beiden Regierungsräte zu ihren Sitzungen einladen und von beiden Regierungsräten ergänzende Berichte verlangen.</p> <p>f. Die Kommissionen erstatten ihren Parlamenten zeitlich koordiniert, aber - mit Ausnahme der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen - getrennt Bericht und stellen Antrag.</p> <p>g. Die beiden Parlamente beraten partnerschaftliche Vorlagen getrennt und treffen unter Vorbehalt des Referendums selbständig den definitiven Entscheid.</p> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### Kommentar zu § 8

*" Mit dem neu formulierten Absatz 1 soll hervorgehoben werden, dass es Geschäfte gibt, die von ihrer Natur her partnerschaftlich behandelt werden müssen, aber auch Geschäfte, für die die partnerschaftliche Behandlung ausdrücklich beschlossen werden muss, die partnerschaftliche Behandlung also nicht a priori gegeben ist. <sup>2</sup>*

<sup>2</sup> Neu werden Berichte zu in beiden Parlamenten überwiesenen gleichlautenden parlamentarischen Vorstössen (Postulaten, Motionen) aufgeführt, weil diese für die Regierungsräte der beiden Kantone gleichlautende Parlamentsaufträge beinhalten.

*Mit den Bestimmungen von Absatz 2 werden bewährte Mechanismen aus der Praxis in der Beratung der partnerschaftlichen Geschäfte und in der Zusammenarbeit der Büros und der Kommissionen (sowie der unterstützenden Parlamentsdienste) der beiden Legislativen präzisiert und festgeschrieben.<sup>3</sup>*

*Mit den überarbeiteten Bestimmungen werden in erster Linie die Revisionspunkte 1 und 5 umgesetzt."*

### § 9 und § 10

**§ 8.** Weichen die Beschlüsse der beiden Parlamente über eine partnerschaftliche Vorlage voneinander ab, so treten die vorberatenden Kommissionen zusammen mit dem Ziel, einen Einigungsvorschlag auszuarbeiten.

<sup>2</sup> Hatte eines der Parlamente zunächst auf die Bestellung einer Kommission verzichtet, so hat das betreffende Ratsbüro die Wahl einer Kommission vorzunehmen oder eine ständige Kommission mit dem strittigen Geschäft zu betrauen.

<sup>3</sup> Die beiden Kommissionen erstatten ihren Parlamenten über das Ergebnis der Einigungsverhandlungen Bericht.

**§ 9.** In den vorberatenden Kommissionen werden partnerschaftliche Vorlagen zweimal beraten, wenn eine Kommission des Landrates zu einem vorhergehenden Antrag einer Kommission des Grossen Rates oder eine Kommission des Grossen Rates zu einem vorhergehenden Antrag einer Kommission des Landrates eine materielle Differenz schafft.

<sup>2</sup> Weichen die Anträge der Kommissionen über ein partnerschaftliches Geschäft voneinander ab, so treten die Präsidien der federführenden Kommissionen, die Präsidien aller beteiligten Kommissionen, Delegationen aller beteiligten Kommissionen oder alle beteiligten Kommissionen zusammen mit dem Ziel, einen gleich lautenden Antrag an die Parlamente auszuarbeiten.

**§ 10.** In den Parlamenten werden partnerschaftliche Vorlagen zweimal beraten, wenn der Landrat zu einem vorhergehenden Beschluss des Grossen Rates oder der Grosse Rat zu einem vorhergehenden Beschluss des Landrates eine materielle Differenz schafft.

<sup>2</sup> Weichen die Beschlüsse der Parlamente über ein partnerschaftliches Geschäft voneinander ab, so treten die Präsidien der federführenden Kommissionen, die Präsidien aller beteiligten Kommissionen, Delegationen aller beteiligten Kommissionen oder alle beteiligten Kommissionen zusammen mit dem Ziel, einen Einigungsvorschlag auszu-

<sup>3</sup> Diese Regeln beziehen sich nur auf die Kommissionen der beiden Parlamente. Für die interparlamentarischen Kommissionen (= gemeinsame Kommissionen) ist § 12 anwendbar.

|  |                                                                                                                                                             |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | arbeiten.<br><sup>3</sup> Die beteiligten Kommissionen erstatten ihren Parlamenten über das Ergebnis der Einigungsverhandlungen Bericht und stellen Antrag. |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

### **Kommentar zu § 9 und § 10**

(Da statt einer Änderung der alten Vereinbarung eine neue Vereinbarung beschlossen wird, erscheint hier der von den beiden Ratsbüros vorgeschlagene 8a als § 10.)

*" Mit diesen Bestimmungen wird das Differenzbereinigungsverfahren - in Anlehnung an die in beiden Geschäftsordnungen enthaltenen grundsätzlichen Bestimmungen - hier im Detail geregelt und festgeschrieben und dabei insbesondere der Revisionspunkt 3 umgesetzt.*

*Die vorgeschlagene Regelung beinhaltet nicht nur drei, wie von der Motion postuliert, sondern sogar vier Eskalationsstufen ! <sup>4</sup>*

*Da bei der Erarbeitung dieser Regelung auf Einzelfälle in der bisherigen Praxis abgestellt werden konnte, sind damit auch die Revisionspunkte 1 und 5 betroffen.*

*Aus Gründen der besseren Verständlichkeit werden die im Prinzip gleich laufenden Verfahren in den Kommissionen und im Plenum in zwei getrennten Paragraphen behandelt."*

### **§ 11 und § 12**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>§ 9.</b> Beschlüsse über partnerschaftliche Geschäfte gelten erst als zustande gekommen, nachdem sie von beiden Parlamenten gutgeheissen worden sind.<br/> <sup>2</sup> Kommt es auf die Berichte der Kommissionen hin nicht zu einem übereinstimmenden Beschluss der beiden Parlamente in einem als partnerschaftlich erklärten Geschäft, so fällt eine weitere Behandlung gemäss dieser Vereinbarung dahin.</p> | <p><b>§ 11.</b> Beschlüsse über partnerschaftliche Geschäfte gelten als zustande gekommen, nachdem sie von beiden Parlamenten materiell gutgeheissen worden sind.<br/> <sup>2</sup> Kommt es nicht zu einem materiell übereinstimmenden Antrag der vorberatenden Kommissionen oder zu einem materiell übereinstimmenden Beschluss der Parlamente zu einem gemäss § 7 Absatz 1 Buchstabe b als partnerschaftlich bezeichneten Geschäft, so fällt eine weitere Behandlung gemäss dieser Vereinbarung auf Beschluss eines Parlamentes dahin.</p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

---

<sup>4</sup> Vier Eskalationsstufen: 1. Präsidien der federführenden Kommissionen 2. Präsidien aller beteiligter Kommissionen 3. Delegationen aller beteiligten Kommissionen 4. alle beteiligten Kommissionen).

|  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|--|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | <p><b>§ 12.</b> In Staatsverträgen über Institutionen mit interkantonalen Trägerschaften ist die Bildung von interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen zur Gewährleistung der parlamentarischen Oberaufsicht vorzusehen.</p> <p><sup>2</sup> Die Büros des Landrats und des Grossen Rates arbeiten Empfehlungen für die Aufgaben und Vorgehensweise der interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen aus.</p> |
|--|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

(Da statt einer Änderung der alten Vereinbarung eine neue Vereinbarung geschlossen wird, erscheinen hier von den beiden Ratsbüros als § 9 und § 9a vorgeschlagenen Bestimmungen als § 11 und § 12).

### **Kommentar zu § 11**

*" In der Ergänzung von Absatz 2 wird der Revisionspunkt 4 umgesetzt, indem definiert wird, wie, unter welchen Umständen und von wem die Partnerschaftlichkeit eines Geschäftes aufgehoben werden kann. Demnach ist für den definitiven Beschluss über die Aufhebung der Partnerschaftlichkeit immer das Parlament (Plenum) zuständig, wobei ein Parlament allein die Aufhebung beschliessen kann."*

### **Kommentar zu § 12**

*" In diesem neuen Paragraphen wird als Hinweis auf die von beiden Parlamenten beschlossenen „Musterregelungen der parlamentarischen Oberaufsicht im Statut von Institutionen mit interkantonalen Trägerschaften“ festgeschrieben, dass in Staatsverträgen über Institutionen mit interkantonalen, insbesondere bikantonalen Trägerschaften interparlamentarische Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) zu bilden sind, welche die parlamentarische Oberaufsicht über diese Institutionen gewährleisten sollen."*

*Auf eine Präzisierung der Musterregelung wird angesichts der Unterschiedlichkeit der interkantonalen Institutionen und der damit notwendigen Flexibilität verzichtet.*

*In Absatz 2 wird auf die Empfehlung für die Aufgaben und Vorgehensweise der IGPKs hingewiesen. Diese sind von einer bikantonalen Arbeitsgruppe ausgearbeitet und von den Büros der beiden Parlamente bereits genehmigt worden.*

*Mit dem neuen § 12 ist der Revisionspunkt 2 umgesetzt worden.*

*Ihren Kommentaren zu den einzelnen Bestimmungen fügen die beiden Ratsbüros den folgenden Kommentar über nicht umgesetzte Punkte der Motion an :*

### **Nicht umgesetzte Punkte der Motion**

Nicht umgesetzt worden ist einzig der Revisionspunkt 6, die Aufnahme einer Regelung für die parlamentarische Begleitung bei der Vorbereitung von Staatsverträgen. Den Grundsatz der möglichen Einsetzung von begleitenden Kommissionen sehen beide Kantonsverfassungen vor. Während der Kanton Basel-Stadt detaillierte Ausführungsbestimmungen zum Verfassungsgrundsatz kennt, hat der Kanton Basel-Landschaft bisher auf eine solche Detailregelung verzichtet. Im Moment ist ein Postulat hängig, das eine Konkretisierung zur entsprechenden Verfassungsbestimmung im Landratsgesetz verlangt.<sup>5</sup>

Eine Regelung des Zusammenwirkens von Regierung und Parlament eines Kantons bei der Vorbereitung von Staatsverträgen ist aber eine Frage, die in jedem Kanton separat intern zu lösen und nicht in einem Staatsvertrag wie der Behördenvereinbarung zu regeln ist."

### **3.3. Kommentar zu den Kapiteln III. BIS VI.**

#### **§ 13**

|                                                                                                                                                                                              |                                                                                                |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>III. Volksabstimmungen über partnerschaftliche Vorlagen</p> <p><b>§ 10.</b> Die Abstimmungen über partnerschaftliche Vorlagen sind in den beiden Kantonen gleichzeitig durchzuführen.</p> | <p>III. VOLKSABSTIMMUNGEN ÜBER PARTNERSCHAFTLICHE VORLAGEN</p> <p><b>§ 13.</b> unverändert</p> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|

#### **Kommentar zu § 13**

Keine Änderungen.

#### **§ 14 bis § 15**

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                           |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| <p>IV. Schlussbestimmungen</p> <p><b>§ 11.</b> Diese Vereinbarung kann jederzeit in gemeinsamem Einvernehmen an veränderte Verhältnisse angepasst werden.<br/> <sup>2</sup> Es ist beiden Kantonen unbenommen, mit andern Kantonen weitere Abkommen über gemeinsame Fragen abzuschliessen, sofern sie nichts enthalten, was dieser Vereinbarung zuwiderläuft.</p> | <p>IV. ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN KANTONEN</p> <p>---</p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|

<sup>5</sup> Siehe Ausführungen dazu unter Ziffer 5 hinten.

|  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | <p><b>§ 14.</b> Es ist beiden Kantonen unbenommen, mit andern Kantonen weitere Abkommen über gemeinsame Fragen abzuschliessen, sofern sie nichts enthalten, was dieser Vereinbarung zuwiderläuft.</p> <p>V. KÜNDIGUNG</p> <p><b>§ 15.</b> Jeder Kanton ist befugt, diese Vereinbarung unter Wahrung einer Kündigungsfrist von einem Jahr auf das Ende eines Jahres zu kündigen.</p> |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

#### **Kommentar zu § 11 (alt)**

Dass eine Vereinbarung in gemeinsamem Einvernehmen jederzeit an veränderte Verhältnisse angepasst werden kann, versteht sich von selbst. Diese Bestimmung braucht nicht in die neue Vereinbarung übernommen zu werden.

#### **Kommentar zu § 14**

Die bisherige Bestimmung des § 11 Abs. 2, dass es beiden Kantonen unbenommen ist, mit andern Kantonen weitere Abkommen über gemeinsame Fragen abzuschliessen, sofern sie nichts enthalten, was dieser Vereinbarung zuwiderläuft, sind zum einen keine Schlussbestimmungen und zum andern unnötig, da die Behördenvereinbarung die Kantone nicht hindert, mit anderen Kantonen weitere Abkommen abzuschliessen. Sie schadet aber auch nicht und wird daher, allerdings als § 14 in einem neuen, eigenen Kapitel IV. ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN KANTONEN, übernommen.

#### **Kommentar zu § 15**

Die bisherigen Bestimmungen des § 12 Abs. 2 (siehe weiter hinten) über die Mindestdauer der Vereinbarung und über die Kündigung, ist keine Schlussbestimmung; eine vereinfachte Bestimmung über die Kündigung wird ohne Mindestdauer der Vereinbarung als § 15 in ein neues, eigenes Kapitel V. KÜNDIGUNG aufgenommen.

### **§ 16**

|  |                                                                                                                                   |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | <p>VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN</p> <p><b>§ 16.</b> Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung des Grossen Rates und des Landrates.</p> |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

**Kommentar zu § 16**

Gemäss § 85 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt genehmigt der Grosse Rat Verträge.

Gemäss § 64 Abs. 1 lit. b. der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft genehmigt der Landrat Staatsverträge.

**§§ 17, 18**

**§ 12.** Die Vereinbarung tritt nach ihrer Annahme durch die zuständigen Organe der beiden Kantone und der Genehmigung durch den Bundesrat auf den 18. Oktober 1977 in Kraft.

<sup>2</sup> Sie gilt vorerst für die Dauer von zehn Jahren. Sie kann ein Jahr vor ihrem Ablauf, erstmals auf den 18. Oktober 1987, gekündigt werden. Wird vom Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, so verlängert sich ihre Laufdauer jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr.

**§ 17.** Diese Vereinbarung ist nach Eintritt der Rechtskraft gemäss Art. 48 Abs. 3 Satz 2 der Bundesverfassung dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

**§ 18.** Diese Vereinbarung ist zu publizieren. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft auf den 1. Juli 2011 wirksam. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden vom 22. / 17. Februar 1977 aufgehoben

**Kommentar zu § 17**

Die alte Vereinbarung aus dem Jahre 1977 bedurfte der Genehmigung des Bundesrates (§ 12 der alten Vereinbarung). Die neue Vereinbarung ist gemäss Art. 48 Abs. 3 Satz 2 der Bundesverfassung dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

**Kommentar zu § 18**

Die Vereinbarung soll auf den 1. Juli 2011, also auf den Beginn der nächsten basellandschaftlichen Legislaturperiode, wirksam werden.

Auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der neuen Vereinbarung, also auf den 1. Juli 2011, wird die alte Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden vom 22. / 17. Februar 1977 aufgehoben.

#### **4. Abschluss der Vereinbarung durch die Regierungsräte der beiden Kantone**

An seiner Sitzung vom 21. Dezember 2010 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt den Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden gutgeheissen.

An seiner Sitzung vom 21. Dezember 2010 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft den Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden gutgeheissen.

Die Staatskanzlei hat ein mit der regierungsrätlichen Unterschrift versehenes Exemplar der Vereinbarung dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft übermittelt und die Landeskanzlei hat ein mit der regierungsrätlichen Unterschrift versehenes Exemplar der Vereinbarung dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt übermittelt.

#### **5. Genehmigung der Vereinbarung durch die Parlamente der beiden Kantone und Abschreibung der Motion des Büros des Landrats Nr. 2007-11**

Wie oben unter Ziff. 1.3 ausgeführt, sind Staatsverträge, die der Regierungsrat abgeschlossen hat, dem Landrat zur Genehmigung vorzulegen.

Im Hinblick darauf ist die von den Regierungsräten der beiden Kantone unterschriebene Vereinbarung mit einem begleitenden Ratschlag dem Grossen Rat bzw. mit der Landratsvorlage dem Landrat vorzulegen mit dem Antrag, die Vereinbarung zu genehmigen.

Bei dieser Gelegenheit wird dem Landrat auch die Abschreibung der Motion Nr. 2007-111 des Büros des Landrates vom 10. Mai 2007 betreffend die Überarbeitung der Behördenvereinbarung beantragt.

Bezüglich der in den Motionen erhobenen Forderung, die in der Verfassung der beiden Kantone verankerten Mitwirkungsrechte der Parlamente bei der Ausgestaltung bilateraler Staatsverträge zu umschreiben und zu harmonisieren, sind die beiden Ratsbüros zur Auffassung gekommen, dass dies nicht im Rahmen der Behördenvereinbarung umzusetzen sei, sondern in beiden Kantonen im bilateralen Einvernehmen zwischen Regierungsrat und Parlament geregelt werden soll.

In der Vorlage Nr. 2009-288 zu den Postulaten der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission betreffend Mitwirkung des Parlaments bei Staatsverträgen (Nr. 2007-027) und von Klaus Kirchmayr betreffend Verhandlungsmandate für interkantonale Vereinbarungen (Nr. 2007-291) nahm der Regierungsrat Stellung zur verstärkten Mitwirkung des Parlaments bei der Gestaltung der Aussenbeziehungen durch Staatsverträge. Gestützt darauf schrieb der Landrat in der Sitzung vom 11. Februar 2010 diese Postulate ab.

#### **6.           *Finanzielle Auswirkungen***

Der vorliegende Entwurf der Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit den Behörden hat keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

#### **7.           *Regulierungsfolgenabschätzung***

Auch Staatsverträge können Auswirkungen auf Unternehmungen haben. Die vorliegende Vereinbarung weist aber keinen KMU-Bezug auf, denn sie regelt lediglich die Behördenzusammenarbeit der beiden Partnerschaftskantone bei partnerschaftlichen Geschäften.

#### **8.           *Antrag***

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 11. Januar 2011

Im Namen des Regierungsrates:  
der Präsident:  
Krähenbühl

der Landschreiber:  
Mundschin

Beilagen:

- Landratsbeschluss (Entwurf)
- Behördenvereinbarung vom 21. Dezember 2010